

## **BDI-Stellungnahme zur Vierten Ministerkonferenz zu Umwelt- und Gesundheitsfragen der WHO in Budapest am 23.-25. Juni 2004**

Der Schutz der kindlichen Gesundheit gehört zu den höchsten Zielsetzungen aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert allerdings einen soliden Ansatz auf der Basis einer an Fakten orientierten Bestandsaufnahme, denn erst hieraus können wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes unserer Kinder abgeleitet und umgesetzt werden. Es ist zu begrüßen, dass sich die Weltgesundheitsorganisation dieser Aufgabe widmet und die Europäische Kommission zu deren Lösung beitragen will. Sie kann das umso mehr, da sich nach ihren eigenen Angaben die Gesundheit der Kinder in den 52 Ländern der europäischen Region stetig verbessert. Es kommt darauf an, diese Verbesserungen vor allem auch in den Entwicklungsländern zu ermöglichen.

Die Konferenz wird im Internet unter der folgenden Überschrift vorgestellt<sup>1</sup>: **“Die Auswirkungen des Umweltverfalls auf die Gesundheit von Kindern lösen zunehmend Besorgnis aus. Ein ungesundes Lebensumfeld ist jedes Jahr weltweit Schuld am Tod von über fünf Millionen Kindern.“**

Wir schulden unseren Kindern, es uns nicht so einfach zu machen. Diese Äußerung suggeriert nämlich einen Zusammenhang zwischen der nicht belegten Hypothese eines „Umweltverfalles“ auf der einen Seite mit der unstrittigen Tatsache des Todes von Millionen Kindern durch schlechte Lebensbedingungen auf der anderen Seite. Eine solche Verknüpfung ist nicht akzeptabel und mithin keine Ausgangsbasis für wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der kindlichen Gesundheit. Gerade in den westlichen Ländern sind in den letzten Jahren erhebliche Verbesserungen im Umwelt- und Gesundheitsschutz erzielt worden, wie sich nicht zuletzt an der steigenden Lebenserwartung erweist. Ein Ziel muss daher sein, diese Verbesserungen auch in den Entwicklungsländern umzusetzen. Das Robert-Koch-Institut stellt außerdem in seinem aktuellen Schwerpunktbericht<sup>2</sup> zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen klar, dass Aussagen zur Veränderung des Gesundheitszustandes von Kindern und Jugendlichen gegenüber der jüngeren Vergangenheit nicht global getroffen werden können. Viele entscheidende Ursachen für die Defizite bei der kindlichen Gesundheit würden zurzeit nicht ausreichend erfasst. Hierzu gehören beispielsweise fehlende Kenntnisse über das Zusammenwirken von Übergewicht, Fehlernährung, Bewegungsmangel, von sozioökonomischen und vielen weiteren Faktoren. Um wirksame Maßnahmen zum Schutz der Kinder einleiten zu können, müssen diese Wissensdefizite aufgearbeitet werden.

Das WHO-Arbeitsdokument „Mit der Ungewissheit umgehen – wie kann das Vorsorgeprinzip die Zukunft unserer Kinder schützen helfen?“<sup>3</sup> verweist unter anderem auf die Anwendung des Vorsorgeprinzips, um Kinder vor ungewissen Umweltrisiken zu schützen. Die Industrie unterstützt diese Position. Eine Beseitigung dieser Ungewissheit kann aber nur auf Basis klarer wissenschaftlicher Erkenntnis unter der Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Dies entspricht auch den in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Anwendung des Vorsorgeprinzips aus dem Jahre 2000 festgelegten Grundsätzen. Die in der Beschlussempfehlung 22 c<sup>4</sup> enthaltene Aufforderung, dass **das Europäische WHO-Zentrum für Umwelt und Gesundheit die Mitgliedstaaten weiterhin mit wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen versorgt, die sie bei der Gestaltung ihrer Umwelt- und Gesundheitspolitik unterstützen können**, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Zum Beitrag der EU-Kommission in Form eines Aktionsplans<sup>5</sup>, den die Kommission am 9. Juni 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt hat (im Internet unter [http://europe.eu.int/comm/environment/health/index\\_en.htm](http://europe.eu.int/comm/environment/health/index_en.htm) abruf-

---

<sup>1</sup> <http://www.who.dk/budapest2004>

<sup>2</sup> <http://www.rki.de/GBE/SCHWERPT/KINDER.PDF>

<sup>3</sup> <http://www.who.dk/document/hms/gdoc11.pdf>

<sup>4</sup> <http://www.who.dk/document/eehc/gdoc06.pdf>

<sup>5</sup> <http://www.who.dk/document/che/gdoc07.pdf>

bar), ist Folgendes anzumerken:

- Wie schon erwähnt, wird festgestellt dass sich die Gesundheit der Kinder in den 52 Ländern der Europäischen Region insgesamt stetig verbessert. Diese Verbesserungen erfolgen aber weder innerhalb der Europäischen Region noch innerhalb der Länder gleichmäßig. Außerdem werde die Gesundheit einer wachsenden Zahl von Kindern infolge von schlechten Umweltbedingungen, Armut, Zerrüttung sozialer und gesundheitlicher Schutzsysteme, bewaffneter Konflikte und Gewalt bedroht. Auch dies macht unmittelbar deutlich, dass es einer differenzierten Bestandsaufnahme bedarf, um wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.
- Es wird zutreffend auf die Bedeutung von Unterentwicklung und Armut verwiesen. Daher ist vordringlich die wirtschaftliche Situation der betroffenen Familien und ihrer Kinder zu verbessern.
- Die als wichtigste Todesursache genannten Verletzungen sollten ebenso zu einer entsprechenden Priorität der Maßnahmen führen wie die an dritter Stelle genannten Probleme der Unter- und Fehlernährung.
- Es wird zwar wissenschaftlich korrekt auf multikausale Ursachen für eine mangelnde Gesundheit bei Kindern hingewiesen und die Notwendigkeit erkannt, praktisch alle Faktoren bei der Ursachenforschung einzubeziehen. De facto werden jedoch Projekte schwerpunktmäßig nur zu Chemikalien und einzelnen technik-basierten Themen (z. B. elektromagnetische Felder) angesprochen. Als einziger Faktor, der vom individuellen Verhalten abhängt – und somit „selbst wählbar“ ist, wird der Tabakrauch aufgeführt. Es wird hier eine Polarisierung deutlich: Industrie-assoziierte Themen werden umgehend im ersten Zyklus angegangen, andere Themen später. Dies ist gegenüber dem hohen Ziel des Aktionsplans nicht vertretbar. Eine Priorisierung der Projekte muss sich nach deren Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit der Kinder ausrichten.
- Die geforderte Verbesserung der Umweltsituation, die Herstellung von Chancengerechtigkeit, die Armutsbekämpfung und die Gesundheitsförderung finden die volle Unterstützung der Industrie. Gleiches gilt für den angestrebten Zugang zu sauberem Wasser sowie zu guten sanitären Verhältnissen. Auch der postulierte Schutz vor Verletzungen und Fehlernährung sowie die Verbesserung der Luftqualität oder der vorgeburtliche Schutz sind wichtige Ziele, die von der Industrie unterstützt werden. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen müssen jedoch ebenfalls auf der Basis sachgerechter Information entwickelt werden, um die Probleme wirksam lösen zu können.
- Die angestrebte Abschaffung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit hat ebenfalls höchster Priorität.

Der BDI fordert alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Institutionen auf, sich zum Nutzen der kindlichen Gesundheit und zur Gewährleistung einer lebenswerten Zukunft in einem rationalen Diskurs zu engagieren.